

SDS

Saarbrücken

**SOZIALISTISCH-DEMOKRATISCHER
STUDIERENDENVERBAND
SAARBRÜCKEN**

WAHLPROGRAMM

**WAHL ZUM 72. STUDIERENDENPARLAMENT DER
UNIVERSITÄT DES SAARLANDES**



„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an sie zu verändern.“

– Karl Marx

Jeder will bestimmen, wir wollen verändern. Die Lebensqualität der Studierenden ist untrennbar mit der Außenwelt verbunden. Die Lösungen für die Herausforderungen, mit denen die Studierenden konfrontiert sind, sind daher auch eng mit den Herausforderungen unserer historischen Epoche und mit der Politik außerhalb unseres Campus verbunden. Wir versuchen daher, ein Programm zu entwerfen, das unsere Kämpfe vereint und uns auf die Welt vorbereitet, die uns erwartet, und auf die Zukunft, die wir aufzubauen hoffen. Eine Zukunft **für die Studierenden, für den Frieden, für die Demokratie, für die Befreiung, für die Umwelt und für den Sozialismus.**

EINE ZUKUNFT FÜR DIE STUDIERENDEN UND IHR MATERIELLES WOHLERGEHEN:

Die Lebensqualität der Studierendenschaft hat in den letzten Jahren weltweit stetig abgenommen. Als Folge eines immer härter umkämpften Arbeitsmarktes und zunehmender finanzieller Kürzungen, haben Lernräume negative Auswirkungen auf Kreativität, intellektuellen Anspruch, mentale, körperliche und soziale Gesundheit und das allgemeine Wohlbefinden erlebt. Daher sind unsere Forderungen klar:

- 1) Das neu geschaffene Angebot des Abendessens an der Uni, muss erhalten bleiben. Mehr Snack- und Getränkeautomaten auf dem gesamten Campus! Ein Pizzaautomat vor dem Campusmarkt macht einen großen Unterschied für Studierende, die lange auf dem Campus bleiben, und wir fordern daher weitere

Automaten. Die Pizzaautomaten sollten darüber hinaus auch vegane Optionen anbieten.

2) Bessere Infrastruktur für Trinkwasser auf dem Campus! Es braucht Flaschenauffüllstationen und Trinkbrunnen.

3) Einige Gebäude und Einrichtungen wie Uni-Fit und Hochschulsport verfügen bereits über Duscmöglichkeiten. In anderen Gebäuden existieren ebenfalls Duscmöglichkeiten, die von Studierenden genutzt werden dürfen. Allerdings versucht die Uni, dass möglichst wenig Studis von diesem Angebot wissen und somit nutzen können. Wir fordern bessere Informationen über solche Angebote.

4) Schlafstationen an der Uni! Wir fordern Pausenräume mit Sofas und Kaffeeautomaten für die Studierenden in den Pausen. Hängematten sollten zwischen den Bäumen in den Wäldern rund um den Campus installiert werden.

5) Wohnraum ist kein Gegenstand der Spekulation!

1. Vergesellschaftung ALLER Studierendenwohnheime, mit Hilfe des Studierendenwerkes, unter der demokratischen Kontrolle von Mieter:innenräten.

2. Mietobergrenze pro Quadratmeter für alle Studierendenwohnungen.

3. Notunterkünfte und Hilfe bei der Wohnungssuche für internationale Studierende und Studierende in prekären Situationen.

4. Hilfe für neu angekommene internationale Studierende bei der Suche nach einer Privatunterkunft, wenn sie keinen Platz in einem Wohnheim erhalten.

6) Barrierefreiheit in jedem Winkel des Campus! Während selbst private Konzerne sich dem neuen Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) zur barrierefreien Gestaltung von Hard- und Software verpflichten müssen, hängt die Universität immer noch hinterher. Es kann nicht sein, dass Banken, Fahrkartenautomaten und

E-Reader gesetzlich barrierefrei werden müssen – aber ein Campus voller Hürden bleibt.

Die mobilitätsbezogene Infrastruktur muss auf dem gesamten Campus ausgebaut werden. Der Zugang zu spezialisierten Arbeitsplätzen und technischen Hilfsmitteln für Lernzwecke sollte auf der Grundlage neuerer Erkenntnisse der Behindertengerechtigkeit ständig verbessert werden. Wir unterstützen die Anerkennung versteckter Formen von Behinderung wie chronischen Schmerzen und Long Covid und lehnen medizinische Modelle von Behinderung ab, die versuchen, körperliche oder geistige Unterschiede in der Übereinstimmung mit Produktivitätsstandards zu pathologisieren. Wir unterstützen daher die Aktivitäten der KSB und des AStA-AK Diverse & Disabled und fordern eine Ausweitung ihrer Dienstleistungen. Wir fordern die Bereitstellung von Ressourcen, um die Forschung und Lehre sozialer Modelle von Behinderung zu fördern, die auf ganzheitlichen und intersektionalen Ansätzen basieren, neben der medizinischen Forschung und Lehre in Homburg. Barrierefreiheit ist kein Luxus, sondern eine Voraussetzung für eine gerechte Universität.

7) Bessere Mobilität!

1. Mehr Radwege auf und um den Campus.
2. Bessere Verbindungen zwischen Saarbrücken und Homburg.
3. Mehr Busse zur Universität, vor allem zu Semesterbeginn.
4. Überdachte Sitzplätze an allen Bushaltestationen.
5. Beibehaltung und Subventionierung des Deutschlandtickets.
6. Günstiger Fahrradverleih an der Universität.
7. Mehr Platz für Menschen statt für Autos auf dem Campus.

8) Bildung ist keine Ware! Kostenloses Studium für alle - Abschaffung aller Studiengebühren, Verwaltungsgebühren, Prüfungsgebühren und Langzeitstudiengebühren. Elterngelhaltunabhängiges BAFÖG als Vollzuschuss,

keine Schuldenfalle! Ausweitung auf Geflüchtete, Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus und ältere Studierende.

9) Wir fordern fakultätsübergreifend günstigere Druckkosten mit einem kostenlosen Monatsguthaben für alle Studierenden nach dem Vorbild der Fachschaft Informatik. Gleichzeitig müssen die Abgabe von Prüfungsbögen und Abschlussarbeiten so weit wie möglich digitalisiert werden, um den Druckaufwand von vornherein zu reduzieren.

10) Besserer Zugang und freiere Wege zum lebenslangen Lernen! Sprachkurse, seien es die Deutschkurse am ISZ oder am Max-Planck-Institut, oder die Fremdsprachenkurse am Sprachenzentrum, die am Ende weniger Studierende haben als die Aufnahmekapazität, sollten später bis zum Erreichen der Kapazität gebührenfrei für Nichtmatrikulierte geöffnet werden.

11) Die Mensa sollte jeden Tag mindestens ein warmes veganes Gericht für weniger als 3 € anbieten und die Öffnungszeiten sollten deutlich ausgeweitet werden. Generell sollten vegane Produkte günstiger sein als tierische Alternativen. Produkte mit tierischen Bestandteilen sollten deutlich als halal oder kosher gekennzeichnet sein, und auf religiös bedingte Ernährungsgewohnheiten sollte durch entsprechende Angebote Rücksicht genommen werden.

EINE ZUKUNFT FÜR FRIEDEN, ZUSAMMEN- ARBEIT UND INTERNATIONALISMUS:

Universitäten und Bildungseinrichtungen sollten nicht nur die Welt analysieren, wie sie gegenwärtig ist, sondern auch aktiv die Horizonte des Humanismus und des Universalismus erweitern. Wir fordern:

12) Zivilklausel jetzt!

1. Keine Kooperationen mit der Bundeswehr, Rüstungsunternehmen oder zivil-militärischer Forschung. Keine Werbestände auf Messen, keine Praktika bei Kriegsprofiteuren.
2. Sofortige Umwidmung aller Drittmittelprojekte, die aus sicherheitspolitischen Quellen finanziert werden.
3. Volle Transparenz über die Art der Anwendbarkeit von Forschungsprojekten mit Partnerinstitutionen, die in Regimen tätig sind, die für Menschenrechtsverletzungen bekannt sind. Divestment bei eindeutigen Verstößen von Partnerinstituten gegen die Grundsätze der Zivilklausel.
4. Beendigung aller repressiven Maßnahmen gegen Studierende, die sich Militarismus, Apartheid oder Krieg entgegensetzen.
5. Zur Umsetzung soll die Ethik-Kommission weiter ausgebaut werden und mehr Möglichkeiten bekommen, gegen Verstöße vorzugehen.

13) Schluss mit dem geopolitischen Kalkül! Die Entscheidung, mit internationalen akademischen Einrichtungen zusammenzuarbeiten oder sie zu beenden, folgt eindeutig den geopolitischen Interessen des deutschen Staates. Im Gegensatz zu geopolitisch motivierten Netzwerken sollte die Zusammenarbeit auf gemeinsamen humanitären Werten beruhen.

14) Die akademische Zusammenarbeit sollte Vorreiter zivilgesellschaftlicher Unterstützungsinitiativen in Regionen sein, die von Zerstörung und Gewalt betroffen sind. Wir fordern ein klares Engagement für Wiederaufbauprojekte, die Bildungsinfrastrukturen und akademische Programme unter anderem in Palästina, der Ukraine, dem Sudan und der DR Kongo umfassen. Unsere Solidarität gilt auch Partneruniversitäten, die durch ungerechtfertigte Kriegshandlungen angegriffen wurden. Wir setzen uns für den Ausbau von Lernmaterialien, Stipendien und Fördermitteln für Studierende und Wissenschaftler:innen ein, die vor Konflikten fliehen mussten.

15) Wir begrüßen die interdisziplinären Seminare zu Konfliktregionen, an denen international renommierte Wissenschaftler:innen aus verschiedenen Fachbereichen teilnehmen. Wir fordern die Universitätsleitung auf, diese Veranstaltungen für alle Interessierten öffentlich zugänglich zu machen.

16) Generative KI-Systeme in der bestehenden Form schaden der Umwelt, verstärken gängige Vorurteile, bedrohen die Menschenrechte (Deepfakes, Überwachung und Cyberkriminalität) und eignen sich Daten und Arbeitsprodukte an, während sie kritisches Denken und Kreativität schwächen.

Die Marktkräfte, die in der Vergangenheit die allgemeine KI-Forschung vorangetrieben haben, taten dies in erster Linie, um die Gewinnung von Mehrwert zu erleichtern, indem sie die menschliche Arbeit durch Automatisierung abbauten. Auch die Notwendigkeit, Konsumtrends zu analysieren und zu verstärken, um die Gewinne zu maximieren, spielte eine wichtige Rolle. KI ist zudem zu einem wichtigen Instrument im militärisch-industriellen Komplex geworden und bildet eine tragende Säule der „permanenten Kriegswirtschaft“ was dazu geführt hat, dass menschliche Akteure bei der massenhaften Abschachtung von Zivilisten nicht zur Verantwortung gezogen werden können, wie im Fall von Projekt Lavender.

Die generative KI heutzutage, die der Menschheit angeblich inhärente Vorteile und einen marginalen Gebrauchswert bietet, setzt dieses primäre Ziel der Aufrechterhaltung und Reproduktion sozialer Beziehungen und Ungleichheiten fort. Daher muss die Pionierforschung in einem breiteren Rahmen von Ethik und Technologiewissenschaft soziologisch bewertet werden. Die Universität sollte ein stärkeres Bewusstsein für die Risiken und Herausforderungen innerhalb der Informatik fördern und weiter in die Forschung zu Ethik, Zuverlässigkeit und gesellschaftlichem Computing am SIC investieren.

EINE ZUKUNFT FÜR DEMOKRATIE:

Starre Prüfungs- und Studienordnungen behindern den Ideenaustausch und die Schaffung umfassenderer und anpassungsfähigerer Formen des Wissens. Transdisziplinäre Ansätze und flexible Lernformen sind daher das Gebot der Stunde. Wir fordern:

17) Mehr Flexibilität im Studiengang!

1. Nein zur Anwesenheitspflicht in allen Lehrveranstaltungen
2. Ja zu mehr hybriden Angeboten.
3. Nein zu Fortschrittskontrollen und Mindestanzahl an Credits pro Semester
4. Befähigung der Studierenden, das Studium nicht nur aufgrund von Umständen, sondern auch aufgrund freier Entscheidung zu unterbrechen und wieder aufzunehmen, sowie die Möglichkeit, längere Beurlaubungen zu beantragen.
5. Die Möglichkeit, Kurse aus weiter entfernten Disziplinen zu wählen, und zwar in größerem Umfang. Ein breiteres Modul der „freien Wahl“ unter den 180 oder 120 Credits, welches es den Studierenden ermöglicht, Kurse zu wählen, die nicht direkt mit ihrem Studiengang in Verbindung stehen. Außerdem mehr Zertifikate mit einem breiten interdisziplinären Angebot.

18) Ein demokratisches Mandat!

1. Anstrengungen zur Verbesserung der Wahlbeteiligung. Bei einer Wahlbeteiligung von 9 % bei den letzten beiden Wahlen, wird die Legitimität des StuPa und des AStA fraglich.
2. Zur Zeit blockiert und ignoriert die Universität viele Entscheidungen des StuPa, diese Blockade der demokratischen Selbstverwaltung der Studis darf so nicht hingenommen werden. Der AStA und StuPa müssen sich dagegen

einsetzen und Studis sollen als größte Gruppe der Uni mehr Stimmrecht in den universitären Gremien bekommen.

3. Ein campusweites System zur direkten Buchung von Vorlesungs-, Studien- und Seminarräumen, um Räume ohne bürokratische Hürden organisieren zu können.
4. Mehr Transparenz in StuPa- und AStA-Angelegenheiten. Das Hochladen des Protokolls und der Tagesordnung ist ein wichtiger Schritt, der auch ins Englische übersetzt werden sollte. Der Livestream der StuPa-Sitzungen sollte proaktiver beworben werden, über soziale Medien und E-Mail.

19) Politische Unabhängigkeit der Universität! Keine polizeiliche oder staatliche Einflussnahme auf dem Campus. Gegen die Unterdrückung von sozialen Bewegungen, die sich für Gerechtigkeit und Würde für alle einsetzen.

20) Mehrsprachigkeit auf allen Ebenen der Universität. Stärkere Einbindung der internationalen Studierendenschaft. Förderung von internationalen und internationalistischen Studikollektiven. Förderung von selbstorganisiertem Lernen und Seminaren durch Studierende: Die Studierenden sollten in der Lage sein, in Präsenz oder über ein Online-Format Akademiker:innen und akademische Diskussionen zu jedem Thema, das akademisch relevant ist, zu organisieren.

21) Politisierung der Hochschule. Wir unterstützen bundesweite Initiativen wie die kritische Einführungswoche. Wir wollen einen radikalen AStA, der sich an breiteren sozialen Bewegungen beteiligt und ihnen eine Bühne an der Universität gibt. Zum Beispiel die Mobilisierungen gegen Rechts, die Mobilisierungen gegen Krieg und Militarisation, die zivilen Initiativen zur Abschaffung von Armut und Obdachlosigkeit, die Initiativen, die einen Ausweg aus der Wohnungskrise suchen, und so weiter. Die Massenbewegungen sollten eine Inkubationsphase an der Universität haben, wie sie auch für Start-ups vorgesehen ist.

EINE ZUKUNFT FÜR DIE BEFREIUNG:

Unser Programm ist eine Verweigerung und eine Neugestaltung:

22) Gegen Faschismus und alle Formen von Bigotterie. Die Universität sollte ein Ort sein, an dem rechte Gruppen und Burschenschaften nicht willkommen sind.

Wir verstehen „Race“ als ein soziohistorisches Konstrukt, das durch Macht und Kapital aufrechterhalten wird. Wissenschaftliche Institutionen während der Aufklärung spielten eine wichtige Rolle bei der Essentialisierung menschlicher Unterschiede für Herrschaft und koloniale Ausbeutung. Konstrukte, die durch die Herausforderungen der Moderne noch verstärkt wurden: die Entstehung von Nationalstaaten, religiöse Diskriminierung und zuweilen auch verkürzte Formen des Antikapitalismus. In einer langen radikalen Tradition der Bekämpfung dieser Probleme fordern wir ein institutionelles Bekenntnis zu antifaschistischen und antirassistischen Grundsätzen und verlangen die Annahme konkreter Definitionen und Rahmenbedingungen innerhalb des universitären Raums, um der steigenden Flut von Islamophobie, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in jüngster Zeit aktiv zu begegnen. Als Teil des studentischen Bundesverbandes SDS stützen wir uns auf die JDA-Definition, um unsere Bemühungen gegen Antisemitismus zu unterstützen.

23) Wir unterstützen die Arbeit der Refugee Law Clinic in vollem Umfang und fordern die Bereitstellung von mehr Mitteln und Ressourcen für deren Dienste. Auch die generelle Law Clinic, die bei rechtlichen Fragen für Studis ansprechbar ist, soll unter dem wieder eingeführten AStA-Referat für Recht wiederbelebt werden.

24) Wir stehen für Feminismus und gegen alle Formen der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der Sexualität ein. Auf dem Campus gibt es immer wieder unangemessenes Verhalten von Professor:innen gegenüber Studierenden, und die Studierenden wenden sich nicht immer an das Gleichstellungsbüro oder andere Stellen, teilweise aus Angst vor akademischen Konsequenzen, die sich aus

der Machtdynamik ergeben. Wir brauchen eine stärkere Anti-Belästigungs-Hotline auf dem Campus, mit mehr Möglichkeiten, um Menschen zu ermutigen, sexistisches, trans- und queerfeindliches Verhalten anonym zu melden. Während solche Maßnahmen die Studierenden besser schützen würden, brauchen wir auch präventive Maßnahmen in Form von Aufklärung, Kampagnen und der proaktiven Förderung eines antipatriarchalen Umfelds. Die Änderung des Namens und des Geschlechtseintrags sollte jederzeit unbürokratisch möglich sein, und die Offenlegung des Geschlechts sollte nach Möglichkeit freiwillig sein.

Hierzu soll auch das Queer-Referat sowie der dazugehörige Arbeitskreis Queer des AStA mehr unterstützt werden um das breite Angebot noch weiter auszubauen.

Die Universität muss unverzüglich geschlechtsneutrale Toiletten in allen Gebäuden zur Verfügung stellen.

Wir fordern Quoten und affirmative Maßnahmen für Menschen aus historisch unterrepräsentierten und benachteiligten Gruppen auf allen Ebenen des Campus.

25) Make Learning Liberationist Again! Die Gender Studies und das Zertifikat in Angewandter Popkultur gehören zu den radikalsten Lehrangeboten der Universität des Saarlandes. Wir fordern, dass diese Programme zugänglicher gemacht werden – unter anderem durch ein vollständiges Angebot in englischer Sprache. Wir fordern die Universität auf, ähnliche Zertifikate für interdisziplinäre Bereiche anzubieten, die sich mit zeitgenössischen Herausforderungen befassen, wie z.B. Science and Technology Studies; Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Wir fordern auch eine kritische Wissenschaft und Theorie an unserer Universität, unter anderem in den Bereichen Rechtswissenschaft, Kriminologie, Critical Race Theory, Pädagogik, Datenwissenschaft und Psychologie.

26) Wir fordern die Einrichtung von zusätzlichen Lehrstühlen, Clustern, Gastprofessuren oder Seminaren am Historischen Institut, die sich nicht nur mit der europäischen Geschichte, sondern auch mit der Geschichte aus anderen Teilen

der Welt sowie mit der Geschichte des menschlichen Denkens und Lernens beschäftigen.

27) Europa ist nicht die Welt – und war historisch allzu oft ihr Unterdrücker. Wir stellen uns gegen die Fixierung auf EU-Fördermittel, Mobilitätsprogramme für eine privilegierte Minderheit und eine pseudokosmopolitische Standortlogik.

Statt „mehr Europa“ fordern wir:

Globale akademische Kooperation auf Augenhöhe und internationale Solidarität, insbesondere mit Hochschulen aus dem Globalen Süden. Dazu gehören:

- Verstärkte Partnerschaften mit Universitäten in Afrika und der SWANA-Region, Lateinamerika, Süd- und Südostasien – mit einem Schwerpunkt auf gemeinsamen Projekten zu sozialer und Klimagerechtigkeit.
- Critical Area Studies und akademische Programme jenseits der eurozentrischen Perspektive, einschließlich postkolonialer Studien, Migrationsstudien, Friedens- und Konfliktstudien, Klimapolitik und globaler politischer Ökonomie.
- Austauschprogramme, die nicht von Staatsangehörigkeit oder Aufenthaltsstatus abhängen, sondern allen Studierenden offenstehen.

Wir fordern eine Universität, die globale Verantwortung ernst nimmt – nicht als PR-Strategie für EU-finanzierte neoliberale Agenden, sondern als Ort internationalistischer Solidarität und antikolonialer Wissenschaft.

EINE ZUKUNFT FÜR DIE UMWELT:

Umweltpolitik ohne Klassenkampf ist nur Gartenarbeit. Deshalb:

28) Keine Abholzung des Waldes! #HanniBleibt! Solidarität mit den Besetzer:innen. Stattdessen soll die Uni den verfügbaren Platz besser nutzen, wie durch ein uniweit koordiniertes Raumbuchungssystem und höhere Gebäude.

29) Wiedereröffnung des botanischen Gartens!

30) Breitere Bürgerinitiativen wie Küfas (Küche für alle) oder das essbare Stadtgärtchen sollen mit dem Campusleben verbunden werden, wobei die Universität gemeinsam mit der Stadtverwaltung Räume und Ressourcen für solche Initiativen bereitstellen sollte.

31) Unabhängige Klimakommission mit studentischer Mehrheit, die über Bauprojekte, Fuhrpark, Forschungsprojekte, Lehrstühle und Energieversorgung entscheidet.

EINE ZUKUNFT FÜR DEN SOZIALISMUS:

32) Wir unterstützen den TVStud für bessere Bezahlung, Mindestvertragslaufzeiten, Urlaubsansprüche und damit bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für studentische/wissenschaftliche Hilfskräfte und Tutor:innen. Wir unterstützen auch eine Ausweitung des TVStud sowie des TVöD für Menschen, die an der Universität arbeiten, aber aufgrund von Fremdvergabe nicht unter den Schutz des TVöD fallen. Von den Küchenkräften über die Reinigungskräfte bis hin zu den Bauarbeiter:innen: Tarifverträge für alle!